

Zur Strategie der norwegischen Regierung im hohen Norden (Nordgebiete-Strategie)



(Auszug)



NORWEGISCHES MINISTERIUM
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

INHALT

VORWORT - - - - -	3
Zusammenfassung - - - - -	6
Eine neue Dimension der norwegischen Außenpolitik - - - - -	11
Stärker im Blickfeld: Energie und Umwelt - - - - -	11
Der Nutzen regionaler Foren - - - - -	13
Gegensätzliche Interessen - - - - -	14
Zusammenarbeit mit Russland - - - - -	17
Präsenz der Streitkräfte - - - - -	18

Fotos:

Seite 1: Scanpix Creative, Barentssekretariat,
SINTEF Helse, Kjell Ove Storvik, Harald
Pettersen, Statoil, Christian Houge,
Samfoto, ELKEM

Seite 7: Scanpix Creative

Seite 12: Kartendesign: Hugo Ahlenius,
UNEP/GRID-Arenda

Seite 13: Barentssekretariat

Seite 15: Per Eide

Seite 17: Norwegische Küstenwache

Seite 18: Hydro

VORWORT

Der hohe Norden bietet eine Vielzahl von Möglichkeiten. In den kommenden Jahren wird die Nutzung bestehender und die Entwicklung neuer Möglichkeiten einen der wichtigsten Schwerpunkte der norwegischen Politik bilden.

Im Norden unseres Landes und in den daran angrenzenden Gebieten (im Folgenden Nordgebiete genannt) erleben wir heute eine bemerkenswerte Entwicklung.

- Die norwegische Regierung möchte die nach dem Ende des Kalten Krieges guten nachbarschaftlichen Beziehungen zu Russland weiter ausbauen.
- Wir sind uns unserer Verantwortung für die Bekämpfung des illegalen Fischfangs bewusst und wollen die erneuerbaren Fischereiresourcen so verwalten, dass sie heutigen und künftigen Generationen zu Gute kommen.
- Wir wollen die Möglichkeiten der Barentssee als einer neuen europäischen Energieprovinz nachhaltig nutzen.
- Wir wollen umwelt- und klimabewusst handeln.
- Wir wollen die Lebensbedingungen, die Entfaltungsmöglichkeiten und die Lebensqualität aller Bewohner des europäischen Nordens fördern, und wir sind uns dabei unserer besonderen Verantwortung für die Rechte der Urvölker bewusst.

All dies fordert uns heraus, gemeinschaftlich zu handeln und unser Bestes zu geben.

Diese Zielsetzungen sind mehr als nur Außenpolitik und mehr als nur Innenpolitik. Es geht um unsere Fähigkeit, die Traditionen der verantwortungsbewussten Nutzung von Naturschätzen, der nachvollziehbaren Wahrnehmung der Souveränität und der engen Zusammenarbeit mit Nachbarn, Partnern und Verbündeten weiterzuführen. Es geht hierbei aber auch um eine breite, langfristige Mobilisierung eigener Kräfte und Mittel zur Entwicklung des gesamten Nordens unseres Landes. Dies ist nicht nur ein Projekt für Nordnorwegen. Dies ist ein Projekt für unser ganzes Land und für das nördliche Europa – mit einer erheblichen Relevanz für alle Teile des Kontinents.

In zunehmendem Maße setzt sich die Erkenntnis durch, dass die Nordgebiete eine wesentliche Bedeutung für unser Land als Ganzes haben. Neue politische Arbeitsformen zeichnen sich ab. Eine nachhaltige Entwicklung im Norden ist nicht nur ein wichtiges Ziel der Regionalpolitik, sondern hat auch strategische Bedeutung für uns alle. Das größte Interesse galt und gilt den Schätzen des Meeres, denn die Nordgebiete Norwegens zeichnen sich gerade durch die Möglichkeiten und Herausforderungen des Meeres aus. Hinzu kommen die Menschen, die auf den Inseln und dem Festland leben. Die Politik der Regierung hat eine weite Perspektive: Es geht um die Erhaltung der Bevölkerungsstruktur, um Arbeit, Wertschöpfung, Ausbildung, Kultur und länderübergreifende Kontakte im Norden.

Nach dem Regierungswechsel im Oktober 2005 richtete das neue rot-grüne Kabinett seine Arbeit verstärkt auf die in den Nordgebieten vorhandenen Potenziale aus. Hierbei bildete der Regierungsbericht Nr. 30 (2004–2005), der im Parlament mehrheitliche Zustimmung fand, eine wichtige Grundlage. Meine Regierung gab eine neue außenpolitische Tagesordnung vor, um die Bedeutung der Nordgebiete durch einen breit gefächerten Kontakt mit Nachbarn, Partnern und Verbündeten stärker ins Bewusstsein zu rücken. Dabei machten wir deutlich, dass die Perspektive der Nordgebiete auch in höherem Maße in die traditionellen Bereiche der Politik integriert werden müsste. Und wir riefen das ganze Land zu gemeinsamen Anstrengungen für den Norden auf.

Im Laufe des vergangenen Jahres ist sehr viel deutlicher geworden, wie wichtig die Nordgebiete Europas für den ganzen Kontinent sind. Ausländischen Entscheidungsträgern wird mehr und mehr klar, dass die Bedeutung der Nordgebiete weit über die Grenzen Norwegens hinausreicht. Man denke hier nur an die traditionellen Schätze des Meeres, die in einem einzigartigen, aber sensiblen Naturraum leben, dort gefangen werden und in vielen Teilen Europas auf den Tisch kommen. Man denke auch an die Problematik des globalen Klimas, die in den arktischen Gebieten besonders gut sichtbar wird. Die internationale Bedeutung der Nordgebiete beruht heute nicht unwesentlich auf Russlands und Norwegens

Erdöl- und Erdgasreserven in der Barentssee und den damit zusammenhängenden künftigen Transportwegen für diese Energieträger. Nicht zu vergessen ist schließlich die Tatsache, dass sich die norwegisch-russische Zusammenarbeit im Norden des Kontinents zu einem wichtigen Kanal des europäischen Dialogs entwickelt hat.

Mit ihrer Strategie für die Nordgebiete verfolgt die norwegische Regierung ein Hauptziel: Alle Bemühungen um eine Entwicklung der Nordgebiete sollen in die gleiche Richtung gehen, alle Bereiche von Politik und Verwaltung sollen „am gleichen Strang ziehen“. Wir haben den gesamten Regierungsapparat mobilisiert, um unsere Politik deutlicher und kohärenter auf die Nordgebiete einzustellen. In diesem Sinne haben Ministerien und nachgeordnete Behörden ihren Blick auf eine Weiterentwicklung und Verstärkung ihrer fachspezifischen Arbeit gerichtet. Die Nordgebiete-Strategie eröffnet einen Handlungsraum, dessen inhaltliche Füllung sich die norwegische Regierung für die kommenden Jahre vorgenommen hat. Diese Strategie soll jedoch kein Maßnahmenkatalog sein, auch wenn wir in diesem Dokument eine Reihe zukunftsweisender Vorhaben vorstellen.

In dieser Nordgebiete-Strategie werden zwei neue Instrumente der norwegisch-russischen Zusammenarbeit näher erläutert: Zum einen schlägt die norwegische Regierung ein Austauschprogramm für russische Studentinnen und Studenten vor. Zum ande-

ren werden wir einen Vorschlag prüfen, in den Grenzgebieten von Nordnorwegen und Nordrussland eine Zone der wirtschaftlichen und industriellen Kooperation zu schaffen. Ein Nordgebiete-Stipendium soll ein Anreiz sein, an einer der nordnorwegischen Hochschulen zu studieren und zu forschen, und eine solche Kooperationszone kann der norwegischen und russischen Wirtschaft als Labor für eine praktische Zusammenarbeit im Norden dienen.

Bei der Ausarbeitung der Nordgebiete-Strategie war eine Regierungskommission unter Vorsitz des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten federführend. Unterstützt wurde diese Kommission von einem Sachverständigenbeirat, der von Jarle Aarbakke, Rektor der Universität Tromsø, geleitet wurde und dessen Mitglieder ihr Fachwissen und ihre praktischen Erfahrungen im hohen Norden zur Verfügung stellen. Auch mit einer Reihe anderer Einrichtungen im Norden unseres Landes, mit regionalen politischen Gremien und dem Sami-Parlament haben wir in engem Kontakt gestanden.

Langfristigkeit und *Voraussagbarkeit* sind wichtige Qualitäten der norwegischen Politik auch in Bezug auf die Nordgebiete. Diese Qualitäten werden wir in den kommenden Jahren nicht außer Acht lassen. Durch das verstärkte Interesse und Engagement für die Nordgebiete soll Norwegen weiterhin eine deutliche Position in Europa einnehmen.

Wichtige Stichworte der Strategie sind *Präsenz*, *Aktivität* und *Fachkompetenz*.

■ Wir haben uns zum Ziel gesetzt, unsere *Präsenz* im Norden Europas zu sichern, indem Menschen überall dort leben bzw. arbeiten, wo Norwegen Hoheitsrechte hat – auf Svalbard, in den Meeresgebieten, an der Küste und im Binnenland.

■ Wir haben uns zum Ziel gesetzt, in den zentralen *Aktivitätsbereichen* maßgebend tätig zu sein – von Fischfang, Industrie und Tourismus bis hin zu neuen Feldern wie der maritimen Bioprospektierung (Nutzung des Meeres als biologischem Lebensraum).

■ Und wir haben uns zum Ziel gesetzt, eine führende Rolle in Bezug auf die *Fachkompetenz* in *allen diesen Bereichen* zu spielen. Diese Kompetenz ist ein zentrales Element der Nordgebiete-Strategie. Es geht darum, die Kenntnisse und Erfahrungen der Menschen so zu nutzen und zu fördern, dass wir mit gutem Beispiel vorangehen können, dass wir bereits bekannte Möglichkeiten ausschöpfen und neue entdecken können, und dass wir Partner gewinnen können, die mit ihrem Wissen, ihrer Erfahrung und auf andere Weise zur Entwicklung beitragen und daran teilhaben. Zum Teilbereich *Fachkompetenz* gehört die Weiterentwicklung der norwegischen Außenpolitik, damit die erforderlichen Kapazitäten vorhanden sind, um die norwegischen Interessen in den Nordgebieten wahrzunehmen.

An das politische Interesse und Engagement für die Nordgebiete sind Optimismus und Erwartungen geknüpft. Im vergangenen Jahr wurden verschiedene Initiativen ergriffen, die in dem klaren Willen begründet sind, die im hohen Norden vorhandenen Potenziale nicht ungenutzt zu lassen. Die meisten dieser Initiativen haben ihren Ursprung in Nordnorwegen. Aber auch in anderen Teilen des Landes und in unseren Nachbarländern nimmt das Interesse an den Nordgebieten zu.

Mit der hier vorgelegten Strategie wird der Rahmen des politischen Engagements für die Nordgebiete abgesteckt. Die norwegische Regierung versteht sich dabei als treibende Kraft mit einer koordinierenden Funktion und hat bereits erhebliche Mittel für umfassende Programme im hohen Norden aufgewendet, unter anderem für Forschungs- und Umsetzungsaktivitäten in Verbindung mit dem „Ganzheitlichen Verwaltungsplan für die Meeresumwelt in der Barentssee und den Gewässern vor den Lofoten“. In der heutigen Zeit können solche Aufgaben jedoch nur gemeinsam gelöst werden, das heißt, öffentliche und private Akteure – in Norwegen und in anderen Ländern – müssen partnerschaftlich zusammenarbeiten.

Die norwegische Regierung wird diese Strategie im Rahmen künftiger Haushaltspläne und zielgerichteter Programme konkretisieren und weiterentwickeln. Wir laden alle Interessenten ein, sich an der Nutzung bestehender und der Schaffung neuer Möglich-

keiten partnerschaftlich und verantwortungsbewusst zu beteiligen.

Mit der hier vorgelegten Nordgebiete-Strategie fordern wir also alle zur Mitwirkung auf, die sich für diesen Teil unseres Kontinents interessieren und sich für dessen Entwicklung einsetzen wollen.



Jens Stoltenberg

ZUSAMMENFASSUNG



Die norwegische Regierung stellt in ihrer Antrittserklärung („Soria-Moria-Erklärung“) fest, dass sie die Nordgebiete als den wichtigsten politisch-strategischen Schwerpunkt der kommenden Jahre ansieht. Mit dieser Kursvorgabe soll auch die Koordinierung der politischen Bestrebungen und die Wirkung der eingesetzten Mittel verbessert werden.

Übergeordnete Zielsetzung der Regierung ist ein nachhaltiges Wachstum und eine langfristige Entwicklung in den Nordgebieten. Es geht darum, die Grundlagen für lebensfähige Gemeinwesen im hohen Norden zu erhalten und auszubauen, damit die Menschen hier sicher und gut leben können – mit zukunftsorientierten Arbeitsplätzen, mit einem sinnvollen Angebot in den Bereichen Gesundheitsversorgung, Schule und Berufsausbildung und mit einer Vielfalt von Natur- und Kulturerlebnissen.

Ein weiterer Aspekt der Nordgebiete-Politik ist die Nutzung der Möglichkeiten einer intensiveren internationalen Zusammenarbeit im Hinblick auf Verwaltung und Bewirtschaftung von Ressourcen, Umwelt- und Naturschutz und Forschung – durch engere Kontakte zum Nachbarland Russland und zu den europäischen und nordamerikanischen Partnern Norwegens.

Die Wahrnehmung norwegischer Interessen in den Nordgebieten erfordert vor allem verstärkte Präsenz und erhöhte Aktivität in mehreren politischen Dimensionen, sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene. Zu diesen Dimensionen zählen Bildung und Forschung, Umweltschutz und Ressourcenverwaltung, Sicherheit und Notfallplanung, Energie, Fischerei, Tourismus und andere Wirtschaftszweige, Gesundheitswesen, Kultur und Gleichbehandlung.

Die Strategie der norwegischen Regierung für die Nordgebiete umfasst folgende Hauptprioritäten:

1 *Wir wollen unsere Hoheitsrechte im hohen Norden auf eine glaubwürdige, konsequente und voraussagbare Weise wahrnehmen.*

Norwegen macht durch seine Präsenz, die Behauptung der Souveränität und die Ausübung von Verwaltungsbefugnissen deutlich, dass das Land internationale und nationale Verpflichtungen ernst nimmt. Nach wie vor ist daher die Anwesenheit der Streitkräfte, der Polizei und der Anklagebehörde im Norden des Landes von großer Wichtigkeit. Die Streitkräfte spielen für die Erfüllung des nationalen Sicherheitsbedürfnisses und die Bewältigung eventueller Krisen im hohen Norden eine entscheidende Rolle. Die enge Zusammenarbeit von Küstenwache, Anklagebehörde und Polizei in Bezug auf die Ressourcenverwaltung in den

Nordgebieten beugt Konflikten vor und trägt zu Voraussagbarkeit und Stabilität bei. Diese Zusammenarbeit soll daher ausgebaut werden. Die Regierung sieht auch eine Fortführung der Präsenz auf Svalbard vor, was den Zielsetzungen der norwegischen Politik für diese Inselgruppe entspricht.

2 *Wir wollen beim Ausbau des Fachwissens in den Nordgebieten und über die Nordgebiete international eine maßgebliche Rolle spielen.*

Gesicherte Kenntnisse sind das zentrale Element der Nordgebiete-Strategie und haben einen direkten Bezug zu Umwelt- und Naturschutz, Nutzung von Ressourcen und Wertschöpfung. Als Land müssen wir unsere Kenntnisse erweitern und vertiefen, um von den Potenzialen im hohen Norden profitieren und die dortigen Herausforderungen bewältigen zu können. In Norwegen gibt es bereits heute international führende Fachkompetenzzentren in den Bereichen Erdöl und Erdgas, Schifffahrt, Erhaltung und Nutzung von Meeresressourcen, Umwelt- und Naturschutz, Klima- und Polarforschung und Forschung zum Thema Urvölker. Die norwegische Regierung will dazu beitragen, diese Fachkompetenzen auszubauen.

3 *Wir wollen der tonangebende Schützer und Verwalter von Umwelt und Naturschätzen in den Nordgebieten sein.*

Durch die nachhaltige Nutzung von Ressourcen wollen wir für eine Wertschöpfung sorgen, die keine Beeinträchtigung der Struktur, Funktion und Produktivität von Ökosystemen mit sich bringt. Die Regierung wird durch entsprechende Auflagen dazu beitragen, dass Aktivitäten aller Art umweltgerecht durchgeführt werden und dass besonders wertvolle und empfindliche Gebiete vor negativen Einflüssen geschützt werden. Die Regierung will auch die internationale Zusammenarbeit intensivieren, um die vom Menschen verursachten Klimaänderungen zu begrenzen und die Umweltbelastungen in den Nordgebieten zu vermindern. Wir wollen bei der Überwachung von Klimawandel, Umweltgiften und dem Lebensraum Meer eine führende Rolle im Norden Europas spielen.

Svalbard soll als eines der am besten verwalteten unberührten Naturgebiete erhalten bleiben. Die umfassenden Umweltschutzbestimmungen sollen regelmäßig aktualisiert und entsprechend umgesetzt werden, damit neue Gegebenheiten wie zunehmende kommerzielle Tätigkeiten berücksichtigt werden. Bei einem Interessenkonflikt sollen die Umweltbelange Vorrang haben.

Die norwegische Regierung sieht es als selbstverständlich an, dass die lebenden Meeresschätze in Übereinstimmung mit den im Seerecht niedergelegten Pflichten und Rechten verwaltet und nicht stärker bewirtschaftet werden, als es innerhalb der Gebote der Nachhaltigkeit möglich ist. Der

„Ganzheitliche Verwaltungsplan für die Meeresumwelt in der Barentssee und den Gewässern vor den Lofoten“ macht deutlich, welche verwaltungsmäßigen Grundsätze in den Nordgebieten gelten sollen.

4 *Wir wollen uns für eine Weiterentwicklung der Erdöl- bzw. Erdgasgewinnung in der Barentssee einsetzen, um dadurch auch die Fachkompetenzen im eigenen Land und besonders in den nördlichen Teilen zu stärken und zur lokalen und regionalen wirtschaftlichen Entwicklung beizutragen.*

Die Erschließung des Erdöl- und Erdgasfeldes Snøhvit („Schneewittchen“) ist ein Beispiel dafür, wie sich die Gewinnung dieser Bodenschätze in Nordnorwegen auch in der Region selbst positiv auswirken kann. Dieser Wirtschaftszweig hat gute Zukunftsaussichten, und weitere Vorhaben sind im Gespräch.

Bei der Nutzung von Erdöl- und Erdgasvorkommen sieht die Regierung es als wichtig an, dass die Betreibergesellschaften Maßnahmen für die Qualifizierung lokaler und regionaler Lieferanten durchführen. Die öffentlichen Stellen werden sich aktiv dafür einsetzen, dass die Gewinnung dieser Bodenschätze lokal und regional positive Auswirkungen hat. In einem gesonderten Projekt sollen die bisherigen Folgen der Erdöl- und Erdgasgewinnung im hohen Norden mit Blick auf die Zukunft untersucht werden.

5 *Die Nordgebiete-Politik der norwegischen Regierung soll dazu beitragen, die Lebensgrundlagen der Urvölker in den Nordgebieten – mit Erwerbsmöglichkeiten, Traditionen und Kultur – zu erhalten.*

Die Urvölker verfügen durch ihr Leben unter den schwierigen Bedingungen der subarktischen Landschaft über besondere Kulturwerte und Kenntnisse darüber, wie man für seinen Lebensunterhalt sorgen kann. Diese Erfahrungen sind ein Aktivposten der norwegischen Nordgebiete-Politik, und die Dimension der Urvölker bildet einen integrierten Bestandteil der Nordgebiete-Politik. Es gehört zu einer ganzheitlichen Ressourcenverwaltung dazu, dass die natürlichen Erwerbsmöglichkeiten der Urvölker nicht beeinträchtigt werden, dass die besonderen Kenntnisse der Urvölker nicht in Vergessenheit geraten und dass die für die Rentierhaltung genutzten Flächen erhalten bleiben. Hierzu gehören auch der Umweltschutz an der Küste und der traditionelle Fang von Seefischen und Lachsen. Die norwegische Regierung ist bestrebt, alte und neue Erwerbszweige als Grundlage der samischen Lebensweise und Kultur zu fördern. Es soll auch dazu beigetragen werden, dass samische Einrichtungen ihre Kapazitäten und Fachkompetenzen ausbauen können. Ein wichtiger Aspekt ist hier nicht zuletzt die Förderung der internationalen Beziehungen dieser Einrichtungen.

6 *Wir wollen die Zusammenarbeit auf der individuellen Ebene – „von Mensch zu Mensch“ – im hohen Norden ausbauen.*

Das Zusammenwirken von Einzelpersonen und Gruppen auch über Grenzen hinweg ist ein zentraler Aspekt der norwegischen Nordgebiete-Politik. Gesundheitswesen, Schul- und Berufsbildung, Kultur, Sport, Kinder- und Jugendarbeit, Vereine und Verbände sind hierbei zentrale Tätigkeitsfelder. Die Wahrnehmung gemeinsamer Interessen und gemeinsame Aktivitäten in den genannten Bereichen tragen zu einem größeren Verständnis und mehr Vertrauen bei, und dies wirkt sich positiv auf Stabilität und Entwicklung im hohen Norden aus. Die norwegische Regierung wird sich dafür einsetzen, dass die Barentszusammenarbeit weiterhin eine wichtige Rolle für die Schaffung von Treffpunkten und Netzwerken der Menschen in den Nordgebieten spielen kann.

7 *Wir wollen die Zusammenarbeit mit Russland verstärken.*

Die Beziehungen zu Russland als Nachbarland und einem Staat, dem wie Norwegen ein Teil der Barentssee gehört, bilden die zentrale bilaterale Dimension der Nordgebiete-Politik. Mehrere Herausforderungen der Nordgebiete, unter anderem im Bereich Umwelt und Ressourcen, sind ohne russische Mitwirkung und ohne eine norwegisch-russische Zusammenarbeit nicht zu bewältigen. In Russland ist derzeit eine bemerkenswerte wirtschaftliche

Entwicklung zu beobachten. Politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen in Russland werden auf die Zielsetzungen der norwegischen Politik keinen Einfluss haben, wir müssen jedoch die Entwicklung genau verfolgen und unsere politischen Instrumente und Maßnahmen gegebenenfalls anpassen. Dabei gilt grundsätzlich, dass die auf Russland bezogene Politik pragmatischen Charakter hat, von den Interessen des eigenen Landes ausgeht und auf Zusammenarbeit ausgerichtet ist.

Für die Umsetzung der Hauptprioritäten der Nordgebiete-Strategie sieht die norwegische Regierung unter anderem folgende Maßnahmen vor:

- Weiterentwicklung des aktiven Dialogs mit Nachbarn, Partnern und Verbündeten in allen die Nordgebiete betreffenden Fragen
- Stärkere Profilierung und Koordinierung der norwegischen Nordgebiete-Politik in Foren der regionalen und internationalen Zusammenarbeit
- Weiterentwicklung der Erdöl- und Erdgasgewinnung in der Barentssee durch eine aktive Vergabe von Explorations- und Fördergenehmigungen, die an den Ergebnissen der Erdöl- und Erdgassuche und der Notwendigkeit neuer Aufschlussgebiete orientiert ist. Die Regierung will auch weitere geologische Untersuchungen in den Nordgebieten unterstützen.

- Ausarbeitung eines Konzepts für eine Zone der wirtschaftlichen und industriellen Kooperation in den Grenzgebieten Nordnorwegens und Nordrusslands

- Prüfung geeigneter Maßnahmen zur Erleichterung des grenzüberschreitenden Verkehrs zwischen Norwegen und Russland

- Prüfung der Notwendigkeit neuer eisgängiger Forschungsschiffe zur Sicherstellung der ganzjährigen Präsenz Norwegens in nördlichen Gewässern

- Erweiterung und Vertiefung der Fachkompetenzen in den Nordgebieten und Förderung von Forschungsvorhaben mit Bezug auf die Nordgebiete im Rahmen des norwegischen Forschungsrates

- Verbesserung der Verkehrssicherheit in den Gewässern von Svalbard unter anderem durch die Erweiterung des Geltungsbereichs des Gesetzes über Häfen und Schifffahrtsstraßen und die Einführung eines Schiffsbegleitungsdienstes („Küstenlotsenpflicht“)

- Ausbau der Zusammenarbeit mit den Behörden Russlands und anderer Staaten zur Bekämpfung des illegalen, nicht regulierten und nicht gemeldeten Fischfangs in der Barentssee

- Intensivierung der Umsetzung des „Ganzheitlichen Verwaltungsplans für die Meeresumwelt in der Barentssee und den Gewässern vor den Lofoten“ durch die Untersuchung und Überwachung der Meeresumwelt und die Erfor-

schung der Ökosysteme im Hinblick auf den Einfluss von Aktivitäten des Menschen

- Verbesserung der Erfassung, Überwachung und Erforschung von Klimaänderungen und Umweltgiften in den Nordgebieten

- Fortsetzung des Einsatzes für die nukleare Sicherheit und Notfallplanung im hohen Norden

- Anstöße für weitere Fachkompetenz- und Entwicklungsprojekte im Rahmen des Forschungs- und Entwicklungsprogramms „Barents 2020“

- Schaffung eines Stipendienprogramms für die Nordgebiete mit Mitteln des FuE-Programms „Barents 2020“

- Verstärkung der kulturellen Zusammenarbeit in den Nordgebieten, insbesondere der Zusammenarbeit mit Russland

- Prüfung von Maßnahmen für die verstärkte Anwerbung qualifizierter ausländischer Arbeitskräfte in den Nordgebieten

- Förderung der Bioprospektierung und Entwicklung neuer Produkte auf der Grundlage von Meeresorganismen

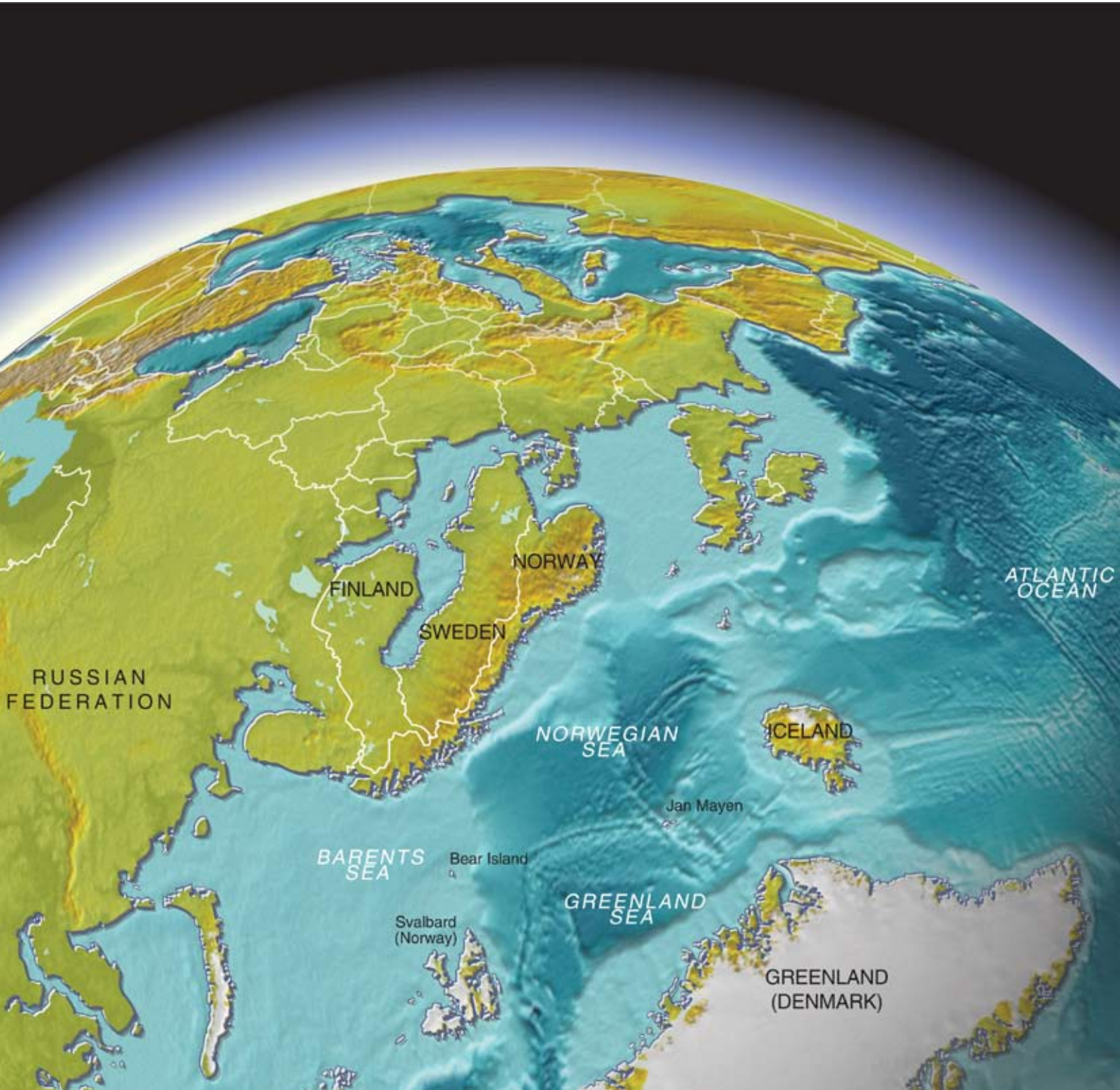
- Unterstützung von Forschungsprojekten im Bereich der Aufzucht von Kabeljau und anderen Meereslebewesen

- Prüfung einer eventuellen staatlichen Unterstützung des Frachtverkehrs im Transport-

korridor zwischen Zentralasien und Nordamerika über den Hafen von Narvik

- Prüfung der Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit eventueller neuer Transportmöglichkeiten in Nordeuropa, z. B. Bau einer Eisenbahnstrecke zwischen Nikel und Kirkenes und neue Flugverbindungen

- Umfassende Analyse der bestehenden Transportinfrastruktur im hohen Norden und künftiger Erfordernisse in Verbindung mit der Ausarbeitung des Nationalen Transportplans 2010-2019



TEIL 1

EINE NEUE DIMENSION DER NORWEGISCHEN AUSSENPOLITIK

Voraussagbarkeit und Langfristigkeit sind seit vielen Jahrzehnten wichtige Qualitäten der norwegischen Politik im hohen Norden und haben auch in der Nordgebiete-Strategie einen hohen Stellenwert.

Unsere Nachbarn, Partner und Verbündeten sollen Norwegen wiedererkennen können. Wir haben bei der Behauptung unserer Souveränität und bei der Erfüllung unserer Verantwortung für die Überwachung der Ressourcennutzung eine klare Haltung bewiesen, haben uns aber auch offen gezeigt für verschiedene Formen der Zusammenarbeit, um neuen Entwicklungen gerecht zu werden. Diese Einstellungen bilden die Grundlage, wenn wir mit der Nordgebiete-Strategie unserer Außenpolitik eine neue Dimension hinzufügen.

Diese neue Dimension besteht in mehr Aktivität und der stärkeren Betonung strategischer Aspekte, um bekannte norwegische Interessen wahrzunehmen, die Zusammenarbeit mit Russland auszubauen und Gehör zu finden für die Bedeutung der verantwortlichen Verwaltung von Ressourcen und gemeinsamer Anstrengungen für den Schutz der Umwelt und die Eindämmung des Klimawandels. In der vorliegenden Nordgebiete-Strategie wird auch deutlich, dass wir diese Fragen stärker in einem Zusammenhang sehen, wenn wir in bilateralen Beziehungen oder in regionalen oder multilateralen Foren unsere Außenpolitik vertreten.

Die Nordgebiete haben geographisch und politisch eine erhebliche Ausdehnung. Geographisch geht es hier um die Land- und Meergebiete einschließlich aller Inseln und Inselgruppen, die sich vom Süden der norwegischen Region Helgeland nach Norden und von der Grönlandsee zur Barentssee und Petschorasee im Osten erstrecken. Politisch umfassen die Nordgebiete diejenigen Verwaltungsbezirke von Norwegen, Schweden, Finnland und Russland, die in der Barentszusammenarbeit erfasst sind. Die Nordgebiete-Politik schließt ferner die Zusammenarbeit der nordischen Länder sowie die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und Kanada im Rahmen des Arktischen Rates und zur Europäischen Union im Rahmen der Nördlichen Dimension ein.

Somit hat die Nordgebiete-Strategie für viele Teile der norwegischen Außenpolitik große Bedeutung.

Stärker im Blickfeld: Energie und Umwelt

Das Interesse für die Nordgebiete als Arena der internationalen Zusammenarbeit wächst. Dies ist nicht zuletzt auf die Entwicklung in Bereichen wie Energie und Umwelt zurückzuführen.



Sitzung des Arktischen Rates am 26. Oktober 2006 in Salekhard (Russland)

Durch das im hohen Norden vorhandene Potenzial an Ressourcen und die daraus folgenden Kooperationsmöglichkeiten ist Energie zu einer zentralen Dimension des Nordgebiete-Dialogs geworden, den die norwegischen Stellen mit der EU-Kommission und Ländern wie Deutschland, Frankreich, USA, Kanada und unseren nordischen Nachbarn führen. Die Nordgebiete sind eine neue Erdöl- und Erdgasprovinz, wenn man davon ausgeht, dass vielleicht nicht weniger als ein Viertel der unentdeckten Reserven dieser Energieträger in arktischen Gebieten zu finden ist.¹ Nach Berechnungen des norwegischen Zentralamts für Erdöl und Erdgas befinden sich gut zwei Drittel der unentdeckten Bodenschätze des norwegischen Kontinentalsockels in der Norwegensee und der Barentssee.

Mit der Entdeckung neuer Vorkommen verlagert sich der Blickpunkt der norwegischen Energiepolitik somit in einer historischen Entwicklung weiter nach Norden. Gleichzeitig erhalten Energiefragen eine außenpolitische Dimension, denn Energieversorgung und Energiesicherheit spielen in den internationalen Beziehungen eine immer wichtigere Rolle. Für viele Länder wird die Energieversorgung zu einem deutlicher hervortretenden Aspekt der Sicherheitspolitik.

Auch wenn die Leitlinien der norwegischen Erdöl- und Erdgaspolitik seit Jahren festliegen, muss

das Land die Fähigkeit besitzen, sich mit der wachsenden Bedeutung des Energiebereichs auseinanderzusetzen und diesen Aspekt angemessen in die Außen- und Sicherheitspolitik zu integrieren. Im Rahmen der Nordgebiete-Strategie wird das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten eng mit dem Ministerium für Erdöl und Energie zusammenarbeiten, um die für Energiefragen notwendigen Kapazitäten auszubauen. Auf diese Weise kann der Themenbereich Energie in unseren Beziehungen zu anderen Staaten besser berücksichtigt werden.

Nun sind die Nordgebiete zunehmend auch ein „Barometer“ des globalen Klimawandels. Die Oberfläche erwärmt sich in der Arktis etwa doppelt so schnell wie in anderen Teilen der Erde, und dies wird nicht zuletzt für die Lebensgrundlage der Menschen im hohen Norden Folgen haben. Außerdem ist die Arktis die Endstation von Umweltgiften, die über weite Entfernungen transportiert werden. Wenn Klimaänderungen und Umweltgifte stärker ins Blickfeld rücken, muss auch die internationale Überwachung der arktischen Umwelt intensiviert werden.

Die Herausforderungen des Klimawandels nehmen auf der umweltpolitischen Tagesordnung einen zentralen Platz ein. Klimafragen müssen aber auch in der Außen- und Entwicklungspolitik berücksichtigt werden, denn der Klimawandel hat ohne Zweifel Bedeutung für die Sicherheit von Ländern und Menschen.

Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und das Umweltministerium werden ihre Zusammenarbeit intensivieren, um dafür zu sorgen, dass Norwegen die im Kyoto-Protokoll festgelegten Verpflichtungen erfüllt und sich aktiv für ein weiter reichendes globales Klimaabkommen nach 2012 einsetzt.

Svalbard spielt eine immer wichtigere Rolle als Standort für internationale Forschungsvorhaben im Bereich Umwelt und Klima. So arbeiten Klima- und Umweltexperten ganz verschiedener Fachrichtungen im hohen Norden zusammen, um Daten zur Klimaentwicklung zu sammeln und zu bearbeiten und den Klimawandel als unsere größte globale Herausforderung stärker ins Bewusstsein zu heben. Diese einzigartige Möglichkeit des fachlichen Austauschs muss Norwegen weiter ausbauen.

In Übereinstimmung mit den Zielen der norwegischen Svalbard-Politik – konsequente und bestimmte Behauptung der Souveränität, korrekte Beachtung des Svalbard-Vertrages und Überprüfung der Einhaltung der Vertragsbestimmungen, Sicherung von Frieden und Stabilität in diesem Teil der Welt, Schutz der besonderen unberührten Naturlandschaft und Aufrechterhaltung der norwegischen Gemeinwesen auf der Inselgruppe – legt die Regierung Wert darauf, dass Svalbard weiterhin im Blickpunkt der Politik steht.²

¹ US Geological Survey, 2000

² Bericht Nr. 40 (1985–1986) an das Storting: Svalbard



Die Zunahme des internationalen Interesses für Energie- und Umweltfragen hat mit anderen Worten zu einer stärkeren Dynamik der Entwicklung im hohen Norden geführt. Das statische Bild aus der Zeit des Kalten Krieges wurde von der Vision einer weiterreichenden internationalen Zusammenarbeit abgelöst.

Diese Veränderungen haben in den Nordgebiete-Dialogen, die Norwegen mit zentralen westlichen Ländern geführt hat, eine wichtige Rolle gespielt. Dabei sollten einerseits die norwegischen Interessen, Haltungen und Bewertungen dargelegt werden, um das Verständnis für unsere Auffassung von Möglichkeiten und Herausforderungen der Nordgebiete zu erhöhen, und andererseits sollten neue Felder und Formen der Zusammenarbeit aufgezeigt werden.

In der jetzt abgeschlossenen ersten Phase dieser Dialoge ging es um allgemeine Orientierungen. In der nächsten Phase wollen wir uns eingehender mit der Frage befassen, wo die gemeinsamen Interessen am größten sind, und Kooperationsprojekte erörtern, um diese Dialoge mit einem konkreteren Inhalt zu füllen.

Der Nutzen regionaler Foren

Mit der Nordgebiete-Strategie will die Regierung norwegische Interessen stärker ins Blickfeld rücken und die Vertretung dieser Interessen in verschiedenen Foren sinnvoller koordinieren. Wir sehen dabei besonders auf regionaler Ebene ein wichtiges Potenzial, das es zu nutzen gilt.

In engem Kontakt mit dem Storting sollen die Nordgebiete in den Gremien der nordischen Zusammenarbeit stärker in den Vordergrund gerückt werden, vor allem im Nordischen Rat und im

Nordischen Ministerrat. Dort galt die größte Aufmerksamkeit bisher der Ostseezusammenarbeit. Wir sehen es jedoch als wichtig an, diese Perspektive durch eine stärkere Einbeziehung der Nordgebiete zu erweitern. Entsprechend will die Regierung den Dialog mit den einzelnen nordischen Ländern fortsetzen.

Die Regierung will die Darstellung der Nordgebiete-Politik gegenüber europäischen Institutionen wie zum Beispiel dem Europarat intensivieren. Dies wird ebenfalls in engem Kontakt mit dem Storting geschehen. Die in solchen Kooperationsorganen vertretenen Organisationen unseres Landes, wie z. B. Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, haben hierbei eine beratende Funktion.

Ferner wollen wir das Potenzial der Barentszusammenarbeit ausschöpfen. Die Barentszusammenarbeit war 1993 eine

bahnbrechende Initiative und ist nach wie vor ein hervorragendes Instrument für ein gutes Zusammenwirken im hohen Norden, wo Grenzen nicht mehr wie früher unüberwindliche Barrieren sind. Ein bedeutsamer Aspekt ist die Kooperation „von Mensch zu Mensch“, bei der auch die Interessen der Urvölker eine zentrale Rolle spielen. Die Regierung wird sich dafür einsetzen, dass die nordnorwegischen Verwaltungsbezirke, das Sami-Parlament, andere öffentliche Einrichtungen, nichtstaatliche Organisationen und Privatpersonen weiterhin zum Ausbau der Barentszusammenarbeit beitragen können.

Auf norwegischer Seite haben wir Schritte unternommen, um die Barentszusammenarbeit wirkungsvoller zu gestalten, und kürzlich wurde Einigkeit über die Einrichtung eines internationalen Sekretariats in Kirkenes erzielt. Dieses Sekretariat soll seine Arbeit am 1. Januar 2008 aufnehmen und ergänzt das nationale Barentssekretariat in Kirkenes. Zur Stärkung der Fachkompetenzen bezüglich der Grenzregionen wurde am selben Ort ein Barentsinstitut gegründet. Die Fachkompetenzen im Hinblick auf die Urvölker dieser Region sollen unter anderem gemeinsam mit den Institutionen und Fachleuten in Kautokeino ausgebaut werden.

In den Jahren 2007–2009 führt Norwegen den Vorsitz im Arktischen Rat. Dies ist für die Verankerung unserer Nordgebiete-Politik zu nutzen. Wir haben uns für diesen Zeitraum ein umfang-

reiches Arbeitsprogramm vorgenommen, in dem wir der nachhaltigen Ressourcenverwaltung und sinnvollen Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels besondere Bedeutung beimessen. Im Rahmen des Arktischen Rates können wir unseren Beitrag leisten, damit sich auch international die Erkenntnis durchsetzt, dass gegen unerwünschte Klimaänderungen etwas unternommen werden muss.

Für die Zeit des norwegischen Vorsitzes im Arktischen Rat wird ein Sekretariat in Tromsø eingerichtet, das am 1. Januar 2007 seine Tätigkeit aufnimmt. Mit Schweden und Dänemark, die nach Norwegen nacheinander den Vorsitz führen, wurde die Fortführung des Sekretariats in Tromsø bis einschließlich 2013 vereinbart.

Wir haben gute Erfahrungen damit gemacht, Entscheidungsträger aus anderen Ländern in den hohen Norden einzuladen. Dies wird in den nächsten Jahren intensiviert werden, wobei Politiker aus den USA, Kanada und Russland besondere Priorität haben. Die Inselgruppe Svalbard ist mit ihrer Infrastruktur für Forschungsaktivitäten, nicht zuletzt im Bereich Klima, besonders interessant.

Gegensätzliche Interessen

Wir stellen uns die Barentssee als ein Meer der Zusammenarbeit vor. Selbst in Zeiten von kaltem Krieg und Spannungen waren die Beziehungen der Länder im hohen Norden wohlgeordnet und korrekt. Auch wenn die Meinungen über juristische und völkerrechtliche

Fragen vielleicht auseinandergehen und -gehen, fand Norwegen Anerkennung für die Art und Weise, wie die Verwaltungsbefugnisse im hohen Norden wahrgenommen wurden. Hierauf wollen wir weiter aufbauen.

Neben dem Potenzial einer verstärkten Zusammenarbeit gibt es jedoch reelle Interessengegensätze. Diese beziehen sich in erster Linie auf die Verwaltung und Bewirtschaftung von Fischressourcen und die künftige Nutzung von Erdöl- und Erdgasvorkommen im Meeresboden.

Die Fischereiflotte der Welt hat Überkapazitäten, auch in den an Norwegen angrenzenden Gebieten, und die nutzbaren Energievorkommen gehen zurück. Dadurch wird es immer wichtiger, die vorhandenen Ressourcen verantwortungsbewusst zu nutzen, die biologische Vielfalt zu erhalten und besonders empfindliche Ökosysteme zu schützen. Diese globalen Herausforderungen sowie wirtschaftliche Eigeninteressen verschiedener Beteiligter machen sich zunehmend auch in der Barentssee geltend.

Ein Merkmal der norwegischen Ressourcenverwaltung ist die Verknüpfung aktiver, glaubwürdig umgesetzter Regulierungsmaßnahmen des Staates mit internationaler Zusammenarbeit. Das moderne Völkerrecht bietet eine breite Palette an Instrumenten, die Norwegen für die wissenschaftsbasierte und ergebnisorientierte Ressourcenverwaltung einsetzen kann. Im Gegensatz zur Entwicklung in

einer Reihe anderer Meeresgebiete haben die effiziente Wahrnehmung der Verwaltungsbefugnisse des Küstenstaates und die umfassende Kooperation mit anderen Küstenstaaten und sonstigen berührten Staaten zusammen zu einer Erholung wichtiger Bestände von bedrohten Fischarten wie Kabeljau und Hering geführt.

Wir schulden es der Geschichte der Menschheit, diese Entwicklung fortzuführen.

Für die Anforderungen, die an eine planmäßige und methodische Zuteilung neuer Erdöl- und Erdgasfelder und die spätere Erschließung und Förderung zu stellen sind, gelten klare Spielregeln, an welche die zuständigen Behörden, Unternehmen und andere Beteiligte sich zu halten haben.

Voraussagbare Bestimmungen und effiziente Verwaltungsregelungen haben Konsequenzstudien ermöglicht, die von dem Grundsatz „Vorsicht ist besser als Nachsicht“ und der Beachtung strenger Umweltauflagen ausgehen. Sie haben auch Offenheit und die Möglichkeit zur Beteiligung von internationalen Erdöl- und Erdgasunternehmen und Zuliefererbetrieben mit Erfahrung und Fachkompetenz gewährleistet, um große, anspruchsvolle Aufgaben auf dem norwegischen Festlandsockel lösen zu können. Dieses System hat langfristige, umfassende Investitionen ermöglicht, und zwar mit voller Transparenz und verantwortlichen Überprüfungsverfahren, aber auch mit einem sinnvollen Nebeneinan-



der sehr verschiedener, wichtiger Nutzer der Meeresgebiete.

Die Bestimmungen des Seerechts und die internationale Zusammenarbeit bilden die Grundlage der Dokumentation für die Ausdehnung des Festlandsockels, die Norwegen der internationalen Festlandsockelkommission in New York vorgelegt hat. Auf derselben Grundlage erfolgte auch die Klärung der Grenzen von Festlandsockel und Zonen zwischen Svalbard und Grönland und des Festlandsockels in der Norwegensee. Diese Vorgehensweise ist ebenso bei Verhandlungen über noch offene Fragen bezüglich der norwegisch-russischen Grenze in der Barentssee maßgebend.

Die Abgrenzung von Festlandsockel und Zonen in der Barentssee ist eine Voraussetzung für Erschließung und Förderung von Erdöl und Erdgas im heute umstrittenen, insgesamt 175 000 Quadratkilometer großen Gebiet.

Nach der Rettungsübung „Barents Rescue 2006“: Vertreter der Küstenwachen von Norwegen und Russland bei der Abschlussbesprechung an Bord der norwegischen „KS Andenes“



Herbst 2006: Im russischen Teil der Barentssee bringt die Offshore-Plattform „Deepsea Delta“ eine Aufschlussbohrung im Shtokman-Feld (Brunnen 7) nieder – ein Gemeinschaftsprojekt von Gazprom und Hydro.

Übergeordnete Zielsetzung einer klaren Grenzziehung ist die Festlegung, ob in den betreffenden Gebieten und bei bestimmten Fragen die Rechtsordnung und die Verwaltungsvorschriften des einen oder des anderen Staates gelten sollen. Die Grenzlinie schafft notwendige und voraussagbare Rahmenbedingungen für alle Beteiligten mit wirtschaftlichen und anderen Interessen, aber auch für grenzüberschreitende Kooperationsregelungen im Bereich Erdöl und Erdgas.

Eine endgültige Klärung der Ausdehnung von Festlandssockel und Zonen in der Barentssee setzt voraus, dass sich Norwegen und Russland politisch auf ein Lösungsmodell einigen. Mit einer solchen klaren Festlegung ergibt sich ein erhebliches Potenzial für die norwegisch-russische Zusammenarbeit im Bereich Erdöl und Erdgas.

Über den geographischen Geltungsbereich des Svalbard-Vertrages gibt es verschiedene Auffas-

sungen. Von norwegischer Seite wurde stets zu Grunde gelegt, dass der Vertrag seinem Wortlaut entsprechend nur auf den Inseln und in den Hoheitsgewässern zur Anwendung kommt. Andere Staaten haben in Verbindung mit potenziellen wirtschaftlichen Interessen die Meinung vertreten, dass der Vertrag auch in den Meeresgebieten außerhalb der Hoheitsgewässer gelten müsse. Dies war einer der Gründe dafür, dass Norwegen 1977 beschloss, bis auf weiteres eine Fischereischutzzone statt einer regulären Wirtschaftszone zu errichten. Durch diese Zone sollte unter anderem eine verantwortungsbewusste Verwaltung und Bewirtschaftung der lebenden Ressourcen gesichert werden.

Die norwegischen Verwaltungsmaßnahmen in der Fischereischutzzone wurden zum weitaus größten Teil auch in der Praxis befolgt. Das Recht Norwegens, den Fischfang in diesem Gebiet zu regulieren und die Hoheit über den Festlandssockel auszuüben, ist trotzdem nicht unumstritten. So haben unter anderem Spanien, Island und Russland mit Verweis auf die Bestimmungen des Svalbard-Vertrages ein solches Recht zurückgewiesen.

Norwegen vertritt hier eine klare, im Völkerrecht verankerte Position: Als Küstenstaat haben wir einerseits das Recht, um Svalbard herum einseitig maritime Zonen zu errichten, und andererseits die Pflicht, unter anderem bestandsgefährdende Fischereiaktivitäten zu verhindern.

Norwegen wird seine Verantwortung weiterhin offen und voraussetzbar ausüben. Wir erwarten von allen Beteiligten, dass sie in Übereinstimmung mit nationalen und internationalen Regelungen und Vorschriften handeln. Bei der außenpolitischen Umsetzung der Nordgebiete-Strategie werden wir bestrebt sein, von unseren Alliierten und Partnern unterstützt zu werden, damit Norwegen die realen Herausforderungen im hohen Norden bewältigen kann.

Zusammenarbeit mit Russland

Die Beziehungen zu Russland als Nachbarland und einem Staat, dem wie Norwegen ein Teil der Barentssee gehört, bilden die zentrale bilaterale Dimension der Nordgebiete-Politik.

Heute sind die Verhältnisse in Russland anders, als sie sich in den ersten Jahren nach der Auflösung der Sowjetunion auf der internationalen Arena darstellten. Russland macht derzeit eine bemerkenswerte wirtschaftliche Entwicklung durch, nicht zuletzt als Folge bedeutsamer Einnahmen aus Energievorkommen und als Ergebnis einer Reihe von Reformen.

Nach vielen Jahrzehnten der autoritären Staatsführung und einer Politik der Isolierung nimmt Russland heute seinen Platz in der europäischen Zusammenarbeit demokratischer Staaten ein. Diese Entwicklung wird von Norwegen als Nachbarland begrüßt.

Trotzdem ist noch nicht ganz abzusehen, wie Russland sich in verschiedenen auch für ande-

re Länder relevanten Bereichen entwickeln wird. Dies gilt nicht zuletzt für übergeordnete Fragen wie die Stellung des Rechtsstaats, Meinungsfreiheit und Menschenrechte. Politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen in Russland werden auf die Zielsetzungen der norwegischen Politik keinen Einfluss haben; wir müssen jedoch die Entwicklung genau verfolgen und unsere politischen Instrumente und Maßnahmen gegebenenfalls anpassen. Der Dialog mit Russland soll offen geführt werden, und die norwegischen Haltungen in Bereichen wie Menschenrechte, rechtsstaatliche Grundsätze und politische Rechte sollen deutlich dargestellt werden.

Die Regierung sieht es als selbstverständlich an, dass die auf Russland bezogene Politik pragmatischen Charakter hat, von den Interessen des eigenen Landes ausgeht und auf Zusammenarbeit ausgerichtet ist.

Ohne eine Beteiligung Russlands und die norwegisch-russische Zusammenarbeit kann eine nachhaltige Nutzung der Ressourcen und eine verantwortungsbewusste Umweltverwaltung in der Barentssee nicht sichergestellt werden. Die Regierung will daher die Kooperation mit Russland im Bereich der ökosystemorientierten Verwaltung der gesamten Barentssee intensivieren, und zwar sowohl in der norwegisch-russischen Umweltschutzkommission als auch in der gemischten norwegisch-russischen Fischereikommission. Diese Zusammen-

arbeit schließt unter anderem Maßnahmen zur Bekämpfung des illegalen, nicht gemeldeten und nicht regulierten Fischfangs in der Barentssee ein.

Durch die Ausarbeitung eines ganzheitlichen Verwaltungsplans hat Norwegen wichtige Erfahrungen gesammelt. Wir können nicht davon ausgehen, dass ein von uns beschlossener Plan für die gesamte Barentssee gilt. Durch die Zusammenarbeit mit Russland können jedoch die Grundsätze und die Ausrichtung des Verwaltungsplans für die gesamte Barentssee Bedeutung erlangen.

Schon vor 30 Jahren begann die Kooperation mit der Sowjetunion im Bereich der Fischerei, wodurch eine nachhaltige Bewirtschaftung der Fischbestände in den Gewässern des hohen Nordens sichergestellt wurde. Die Verwaltung der lebenden Meeresschätze basiert auf einer fast hundertjährigen norwegisch-russischen Zusammenarbeit im Bereich der Meeresforschung.

Die Regierung hat sich zum Ziel gesetzt, auch in Bezug auf eine verantwortliche Nutzung der Erdöl- und Erdgasvorkommen in der Barentssee eng mit Russland zu kooperieren. Die vorige und die amtierende norwegische Regierung haben Präsident Putins Einladung zu einer strategischen Energiepartnerschaft von Norwegen und Russland im hohen Norden angenommen. Ein Teil der Nordgebiete-Strategie besteht darin, diese Partnerschaft – oder Vision – mit Inhalt zu füllen.

In diesem Zusammenhang wird die Regierung die Möglichkeiten prüfen, in den Grenzgebieten Nordnorwegens und Nordrusslands eine Zone der wirtschaftlichen und industriellen Kooperation zu schaffen. Längerfristig kann eine solche Zone der norwegisch-russischen Zusammenarbeit an Land auch für die Nutzung von Erdöl- und Erdgasvorkommen in der Barentssee sinnvoll sein.

Bei der Konkretisierung dieses Vorhabens wird es wichtig sein, das Potenzial der vorhandenen Instrumente zu prüfen. Auf norwegischer Seite wird ein Konzept für eine solche Kooperationszone ausgearbeitet werden, das den russischen Stellen vorgelegt und eventuell in einer eigenen norwegisch-russischen Arbeitsgruppe weiter ausgestaltet werden soll.

Auf norwegischer Seite werden wir uns dafür einsetzen, dass beide Länder für die Erdöl- und Erdgasaktivitäten in der gesamten Barentssee hohe Anforderungen an den Schutz der natürlichen Umwelt und an Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz stellen. Die Zusammenarbeit im Bereich Umwelt, Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz soll gemeinsam mit russischen Stellen, den Erdöl- und Erdgasunternehmen und den Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden in beiden Ländern weiterentwickelt werden. Auch die bereits bestehende Zusammenarbeit mit Russland in Bezug auf Sicherheit in der Schifffahrt, Verhütung und Bekämpfung von Ölunfällen sowie Such- und

Rettungsdienst wollen wir weiter ausbauen.

Unsererseits wollen wir dazu beitragen, dass die Beziehungen zu Russland auf allen Ebenen möglichst einfach und ohne übermäßige Kosten intensiviert werden können. Wir haben daher die Verhandlungen über ein neues norwegisch-russisches Visumabkommen, das voraussichtlich im ersten Halbjahr 2007 in Kraft treten wird, zu Ende geführt. Hierdurch wird sich das Visumverfahren für viele Arten von Reisen zwischen beiden Ländern vereinfachen. Besonders positiv ist die Tatsache, dass dieses neue Abkommen erweiterte Möglichkeiten bietet, ein Mehrfachvisum für einen längeren Zeitraum zu erhalten.

Für die Grenzkontrollstelle Storskog haben Norwegen und Russland sich auf längere Öffnungszeiten geeinigt. Die Regierung wird alles dafür tun, dass diese Vereinbarung bald in die Praxis umgesetzt wird. Im Übrigen wird die Regierung weitere Maßnahmen für die Erleichterung des norwegisch-russischen Grenzverkehrs über Storskog prüfen. In diesem Zusammenhang ist auch vorgesehen, die Praxis anderer Schengen-Länder, nicht zuletzt Finnland, zum Vergleich heranzuziehen.

Präsenz der Streitkräfte

Die Veränderungen im hohen Norden wirken sich auch auf die Rolle der Streitkräfte aus. Die Regierung hat die Kapazitäten der Küstenwache auf dem Wasser und die der

Orion-Überwachungsflugzeuge in der Luft erhöht.

Die meisten sicherheitsrelevanten Herausforderungen im hohen Norden betreffen mehrere Sektoren und erfordern daher eine enge Kooperation ziviler und militärischer Stellen. Die norwegischen Streitkräfte sind in diesem Zusammenhang ein wichtiger Faktor, unter anderem im Hinblick auf die Bereitstellung eines Führungs- und Kommandosystems und von Kapazitäten, die bei Bedarf einsetzbar sind.

Eine der Hauptaufgaben der Streitkräfte ist die Sicherstellung einer nationalen Entscheidungsgrundlage durch einen zeitgemäßen Abwehr- und Nachrichtendienst. Die Herausforderungen im hohen Norden machen deutlich, wie wichtig es für die norwegischen Stellen ist, jederzeit über die aktuelle Lage informiert zu sein; dies betrifft sowohl die Ressourcen- und Umweltproblematik als auch die zivile und militärische Entwicklung in den an Norwegen grenzenden Gebieten. Der Abwehr- und Nachrichtendienst wird auch in Zukunft zu den zentralen Aufgaben der Streitkräfte im Norden des Landes zählen.

Die Präsenz der Streitkräfte in den Nordgebieten ist nach wie vor wesentlich für die Behauptung der Souveränität, für die Ausübung norwegischer Verwaltungsbefugnisse und die Mitwirkung an der Ressourcenverwaltung. Die Präsenz der Streitkräfte trägt zu Voraussagbarkeit und Stabilität bei und ist ein ganz entscheidender

Faktor für unsere Fähigkeit, eventuelle Krisen im hohen Norden zu bewältigen.

Wenn Norwegen bei Missachtung von Bestimmungen, die dem Schutz der Naturschätze dienen, Maßnahmen ergreift, soll damit deutlich gemacht werden, dass internationale und nationale Verpflichtungen ernst zu nehmen sind. Verstöße gegen die norwegischen Fischereigesetze werden daher auf eine glaubwürdige, konsequente und voraussagbare Weise geahndet, was eine Weiterentwicklung der guten Zusammenarbeit von Küstenwache, Anklagebehörde und Polizei erfordert. Die Kooperation der norwegischen Küstenwache mit der russischen regionalen Küstenwache soll ausgebaut werden, um eine möglichst gut koordinierte Fischereiaufsicht in der Barentssee zu gewährleisten.

Das norwegische Heer führt einen erheblichen Teil seiner Aktivitäten in Nordnorwegen durch. Die Ausbildung der wehrpflichtigen Soldaten findet heute hauptsächlich in diesem Teil des Landes statt. Das Binnenland des Verwaltungsbezirks Troms ist einer der beiden Schwerpunkte des Heeres und wird auch in Zukunft eine wichtige Rolle spielen. Außerdem bildet die Garnison in Sør-Varanger eine der Heeresabteilungen mit höchster Priorität.

Seit vielen Jahren besteht eine enge Zusammenarbeit mit verbündeten Ländern in Bezug auf militärische Aktivitäten im hohen Norden, in erster Linie in Form

von Ausbildung, Training und Übungen. Dies ist wichtig, um die Alliierten mit den Verhältnissen im hohen Norden vertraut zu machen, wobei diese Aktivitäten auch allgemein große Bedeutung für das gemeinsame Vorgehen der Verbündeten haben. Die Regierung setzt sich dafür ein, die Teilnahme von Alliierten an Ausbildung, Training und Übungen im hohen Norden zu fördern, und wird sich bemühen, das Interesse von Verbündeten und Partnern an solchen Aktivitäten aufrechtzuerhalten.

Die auf die Streitkräfte bezogene Zusammenarbeit von Norwegen und Russland ist ferner ein Beitrag zur Stärkung des gegenseitigen Vertrauens und der Fähigkeit, Probleme gemeinsam zu lösen. Die Bedeutung guter Beziehungen zwischen regionalen militärischen Stellen über die Grenzen hinweg zeigt sich immer wieder bei Krisen oder in anderen schwierigen Lagen. Als Beispiele seien hier der Untergang des U-Boots „Kursk“ und der Fall des Fischtrawlers „Elektron“ genannt. Wir werden uns aktiv dafür einsetzen, den auf die Streitkräfte bezogenen Dialog mit Russland zu intensivieren.

